

Wer zahlt für Corona?

In diesen Tagen zeigen die Regierenden mal wieder, was sie von arbeitenden Menschen halten: **Wir sollen arbeiten gehen, sonst nichts. Beim neuen „Lockdown light“, der am Dienstag von Merkel und Länderchefs verhandelt wurde, bleiben diesmal Schulen und Kitas offen, damit die Kinder betreut sind und die Eltern verfügbar bleiben. Als Arbeitskräfte sollen wir das Land und vor allem die Profite für die Reichen am Laufen halten, uns täglich am Arbeitsplatz und in überfüllten Bahnen dem Virus aussetzen, aber Freizeit und Freunde bitte nicht mehr und ansonsten: Ruhig bleiben!**

Kampfbereitschaft war vorhanden

Auch beim TVÖD wurde die „Wertschätzung“ für Beschäftigte deutlich: Wert haben sie, wenn sie arbeiten. Streiken oder Forderungen stellen sollen sie aber nicht. Bund und Kommunen unter Verhandlungsführung von Innenminister Seehofer hatten darauf gesetzt, die Corona-Pandemie schamlos auszunutzen: Einerseits, indem erklärt wurde, die öffentlichen Kassen seien durch Corona leer, andererseits, indem Stimmung gegen angeblich unverantwortliche Streiks gemacht wurde. So gewappnet war der Staat mit der Forderung einer Nullrunde in die Verhandlungen gestartet.

Aber diese Strategie war dann doch allzu dreist: Hunderte Milliarden haben die öffentlichen Haushalte in der Corona-Krise innerhalb kürzester Zeit für Banken und Konzerne zur Verfügung gestellt. Und dann soll man glauben, eine Lohnerhöhung scheitere an Geldmangel? Die Streikbereitschaft war groß und an den Warnstreiks haben sich Zigtausende bundesweit beteiligt. Das hat Druck erzeugt und die Nullrunde war schnell vom Tisch.

Schwacher Abschluss mit ellenlanger Laufzeit

Am Ende wird der Staat den vom TVÖD erfassten 2,3 Millionen Beschäftigten insgesamt 4,5 Mrd. Euro Lohnerhöhung in den nächsten zweieinhalb Jahren zahlen. Gerade halb so viel wie die Lufthansa, ein einziger Konzern, mal eben so bekommen hat! Seehofer konnte sichtlich zufrieden sein, denn man ist weit entfernt von der ver.di-Forderung von 4,8 % mehr Lohn für ein Jahr.

Die inzwischen übliche Verkaufsstrategie für maue Tarifabschlüsse besteht darin, eine lange Laufzeit zu vereinbaren und dann die Steigerungen über mehrere Jahre zu addieren. So kann man jetzt bei fast zweieinhalb Jahren Laufzeit von 3,2 % sprechen. Dabei gibt es für die ersten 7 Monate gar nichts und dann pro Jahr einmal 1,4 % und einmal 1,8 %. Das wird kaum mehr als ein Inflationsausgleich sein, und dafür soll die Waffe des Streiks für mehr als zwei Jahre wieder eingemottet werden.

Während eine Mindesterhöhung von 50 Euro zumindest die Ungleichheit zwischen den unteren und oberen Einkommensgruppen nicht noch weiter ansteigen lässt, ist es ansonsten ein unübersichtlicher Flickenteppich und bedeutet eine völlig inakzeptable Aufspaltung von Berufsgruppen: Pflegekräfte bekommen eine besondere Erhöhung. Sie brauchen auch dringend höhere Löhne, aber genauso dringend bessere Arbeitszeiten und Pausenregelungen und eine bessere Personalbesetzung, über die nichts gesagt wird. Und dass, obwohl die Pflegekräfte schon seit Jahren, auch mit Streiks, auf den Personalnotstand aufmerksam gemacht haben! Die Erhöhung jetzt wird nicht ausreichen, die Personalnot mittelfristig zu lindern.

Dagegen gibt es für Kolleg*innen in Sparkassen und Flughäfen sogar Kürzungen. Letzteren wird das angesichts der 9 Milliarden für die Lufthansa besonders sauer aufstoßen!

Streiken unter Corona: notwendig und machbar

In den sozialen Medien wurde gegen den Streik Stimmung gemacht. Doch Streik ist nicht ein Privileg, sondern eine Notwendigkeit. Die Krankenhausbeschäftigten haben deutlich gemacht: „Es ist der Normalzustand und nicht der Streik, der die Patienten gefährdet“. Politik und Konzerne versuchen, die Coronakrise auf dem Rücken der Arbeitenden auszutragen. Um zu verhindern, dass im Windschatten von Corona massive Angriffe auf unsere Lebensbedingungen stattfinden, brauchen wir eine massive Antwort der Arbeitenden, ein anderes Kräfteverhältnis muss den Interessen und Forderungen von Beschäftigten Gehör verschaffen. Statt also wie die Gewerkschaftsführungen die Vereinzelung von Streikaktionen zu kultivieren, die TVÖD-Runde vom Nahverkehr zu trennen und nur je einzelne Bereiche zu Streikkundgebungen zu versammeln, müssen Proteste und Streiks ausgedehnt und zusammengeführt werden!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Kündigung

Wie lange halten CFM und Senat uns nun schon hin? Viel zu lange, denn im nächsten Jahr wird wieder gewählt und der Koalitionsvertrag ist noch immer nicht umgesetzt. Maswig und Co glauben nun, einen Weg gefunden zu haben, unsere Forderung nach Eingliederung in den TVÖD zu torpedieren. Sie nutzen den Vorwurf persönlichen Fehlverhaltens mehrerer Mitglieder unserer Tarifkommission, um uns zu spalten. Erst bestanden sie auf einer kleinen Verhandlungskommission in den Tarifgesprächen und verlangten Stillschweigen, um nun gleich zwei Mitglieder der Verhandlungskommission zu kündigen. Damit muss Schluss sein. Schluss mit dem Stillschweigen, Schluss mit dem Verhandeln in kleinen Gruppen, Schluss mit dem Einschüchtern, Schluss mit dem Hinhalten und ja auch Schluss damit, Konflikte zwischen uns mit Hilfe der Geschäftsführung lösen zu wollen. Wir kündigen nun auch - und zwar an, dass wir an unserer Forderung nach dem TVÖD festhalten und fordern Charité und Senat auf, endlich der Geschäftsführung der CFM die Kündigungsschreiben wegen Störung des Betriebsfriedens zuzustellen.

Wirtschaftlichkeit...

Ist das Hauptargument der CFM-Geschäftsführung warum sie uns nicht nach Tarif bezahlen wollen und hüllt sich in tiefes Schweigen über die aktuelle wirtschaftliche Situation. Scheinbar läuft es aber immer noch gut genug, um unsere Arbeit an private Firmen wie GO fremd zu vergeben.

„Orden, Bomben und Granaten

treffen meist das Hinterland und dort die Unschuldigen“ Das hat sich wieder einmal bestätigt. Karl Max Einhäupl, ehemaliger Charité-Oberindianer, ward mit dem Berliner Verdienstorden behängt. In den ganzen Lobreden wurde leider „vergessen“, darauf hinzuweisen, dass das Jahrzehnt unter seiner Führung vor allem vom Sparen am Personal bestimmt war. Dass wir in den Corona Zeiten zuerst einen Mangel an Fachpersonal und erst danach vielleicht fehlende Intensivbetten zu befürchten haben – dafür gibts also jetzt einen Orden...

„Letter of Intent“ von Charité und Vivantes unterzeichnet

Hä? Das ist eine Absichtserklärung die Kooperation zwischen Charité und Vivantes weiter auszubauen, denn so meint der Neue, H. Krömer: *„Wir wollen die Kräfte beider Einrichtungen bündeln, um Berlin als international sichtbare Gesundheitsmetropole zu positionieren. Gemeinsam können wir für Berlin eine noch bessere Gesundheitsversorgung und ein noch attraktiveres Forschungs- und Entwicklungsumfeld schaffen. Das nützt am Ende den Bürgerinnen und Bürgern, Patientinnen und Patienten...“* Toll!? Hallo Herr Krömer, auch unsere CFMler, die VivaClean-Arbeiter_innen usw. sind Berliner_innen und denen würde zunächst vor allem die Einführung des TVöD nützen. Oder interessieren sie sie erst, wenn sie den Namen „Patient“ bekommen und als Datenlieferant für die Forschung an der Charité auftreten?

Status quo

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat Anfang Oktober festgestellt, dass die „Pflegepersonaluntergrenzen ein Instrument der Vergangenheit“ seien und

bietet das mit ver.di erarbeitete Personalbemessungsinstrument PPR 2.0 dem Spahn wie sauer Bier an. Dabei betont sie, dass die existierenden Untergrenzen in mehr als 95% der Kliniken eingehalten würden. Wir verstehen es richtig: Die Pflegepersonaluntergrenzen schreiben nur den Status quo fest und gleichzeitig scheint die DKG davon auszugehen, mit einer PPR 2.0 besser zu fahren als mit dem Spahnschen Instrument. In der DKG sind viele der für die aktuelle Personalmangelsituation verantwortliche Klinikmanager_innen repräsentiert und ordentlich Misstrauen gegenüber deren Ideen wie der PPR 2.0 ist mehr als angebracht.

Sonntagsreden und Alltagsschweineereien I

Als in den letzten Monaten schlaglichtartig die vielen Mängel im auf betriebswirtschaftliche Kante genähten Gesundheits(un)wesen deutlich wurden, da waren sich mal wieder alle Politiker_innen so was von einig. Diese Saurei muss eine andere werden, Gesundheit darf keine Ware sein, blablabla. Mittlerweile sind die Scheinwerfer wieder aus und wir gehen zum Tagesgeschäft über – sprich, der Laden muss sich wieder rechnen. Landauf, landab werden Kapazitäten in der Kindermedizin abgebaut – das kennen wir vom Bettenengpass an der Charité. So ein krankes Kind bringt einfach mal weniger als Oppas neue Hüfte – also machen erste Kliniken ihre Kinderstationen dicht, wie jetzt in Parchim. Wenn ein reiches Land wie Deutschland nicht in der Lage ist, die Mittel für eine ausreichende medizinische Versorgung seiner kranken Kinder bereitzustellen, dann können sich die Politiker_innen auch ihre salbungsvollen Reden sparen.

Sonntagsreden und Alltagsschweineereien II

Ab 2023 könnten die Löhne in der Altenpflege bundesweit auf mind. 18,50€ angehoben werden – basierend auf einem Tarifvertrag zwischen verdi und dem Pflegearbeitgeberverband BVAP. Der Bundesarbeitsminister möchte diese Regelung auf die gesamte Pflegebranche in Deutschland ausdehnen. Doch die Präsidenten verschiedener weiterer Pflege-Arbeitgeberverbände rumoren schon, wie denn „*Miniminderheiten [...] über die Tarifautonomie von Mehrheiten bestimmen*“ können. Hallo? Die Pflegekräfte reißen sich ihren Ar*** auf, private Pflegekonzerne stecken Millionen € an Gewinnen ein und eine anständige Bezahlung wäre unmöglich und die Forderung einer „*Miniminderheit*“? Einfach nur unverschämt.

„Dann geh doch rüber, wenns dir hier nicht passt!“

Dieser einst in der alten Bonner Bundesrepublik beliebte Spruch in Richtung Kritiker hat offenbar Minister Super-Jens so gut gefallen, dass er ihn erneut für passend hielt. Seit einem Jahr kämpfen die Kolleg_innen an der niedersächsischen Asklepios-Klinik Seesen für den TVÖD und bessere Arbeitsbedingungen. Da empfiehlt ihnen der Minister – wenn sie unzufrieden seien, dann sollten sie einfach den Arbeitsplatz wechseln. Ach Jens – falls es Dir noch keiner verraten hat – das Elend in der Pflege herrscht flächendeckend. Außerdem wolltest Du doch auch noch die Anzahl der Kliniken reduzieren – was sollen denn das für Arbeitswege werden? Oder willst Du mit zur Arbeit pendelndem Pflegepersonal die kranke Luftfahrt retten? Ein teuflischer Plan...

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleg_innen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click